



Susanne Mittag
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung:

In der aktuellen Diskussion um die Preisgestaltung von Fleisch und den eindeutigen Forderungen, die sich aus dem aktuellen Bericht des Weltklimarates ergeben, äußert sich die Bundestagsabgeordnete und Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Susanne Mittag:

Delmenhorst, 09.08.2019

Susanne Mittag, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 5.133
Telefon: +49 30 22778171
Fax: +49 30 22770173
susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis:

Arthur-Fitger-Str. 10
27749 Delmenhorst
Telefon: +49 4221 1521212
Fax: +49 4221 1521222
susanne.mittag.ma05@bundestag.de

„Der aktuelle Bericht des Weltklimarates bestätigt einmal mehr, wie groß der Beitrag der Landwirtschaft, insbesondere der der Nutztierhaltung an den dramatischen Klimaveränderungen ist. Für die Hochleistungstiere wird Soja quer über den Atlantik verschifft, das auf Flächen angebaut wurde, die vorher Regenwald waren. Verfüttert wird es dann in Ballungszentren der Tierhaltung, die die Mengen der anfallenden Gülle gar nicht verwerten können, so dass die Nitratwerte im Grundwasser steigen. Der Ausstoß von CO₂ und anderer noch wesentlich klimarelevanterer Gase aus der Nutztierhaltung, wie Methan und Lachgas, wird durch unsere gängigen Tierhaltungssysteme extrem angekurbelt. Durch regionalen Futteranbau, dezentrale Tierhaltung in kleineren Einheiten und moderne Stallsysteme, die die Entstehung von Emissionen verringern, können wichtige Beiträge gegen den Klimawandel geleistet werden. Die Erkenntnisse gibt es schon lange. Jetzt bedarf es nur noch des politischen Gestaltungswillens, seitens des Landwirtschaftsministeriums, diese auch praktisch umzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion darum zu sehen, was bei Fleischpreisen angemessen ist. Hier muss vor allem endlich entschieden werden, was in der Nutztierhaltung angemessen ist. Würden nicht so viele Ausnahmen beim Tierschutzgesetz zugelassen und stattdessen verstärkt auf tierwohlgerechte Haltungssysteme umgestellt und gefördert werden, würden sich auch die Fleischpreise auf neuem Niveau einstellen.

Bisher bestimmen die Schlachtindustrie und die Anbieter im Einzelhandel nahezu monopolartig den Markt, die am billigsten produzieren und die Tierhalter so unter Druck setzen. Das kann natürlich nie unter Bedingungen geschehen, bei denen das Tierwohl ausreichend Berücksichtigung findet.

Zu einer tierwohlgerechten Haltung gehören nämlich mehr Platz und Bewegungsfreiheit für die Tiere in einem abwechslungsreich



strukturierten Stall. Wichtig sind auch Frischluft (am besten mit Auslauf), natürliche Einstreu und Beschäftigungsmaterial. Die Tiere müssen ihr natürliches Sozialverhalten stressfrei ausleben können. Selbstverständlich gehört auch die körperliche Unversehrtheit dazu. D.h., dass es keine Amputationen von Schwänzen, Hoden, Hörnern, Schnäbeln etc. geben darf.

Wir brauchen für alle verbindliche Rahmenbedingungen, die Mindeststandards garantieren und darüber hinausgehende Haltungsbedingungen zertifizieren und honorieren. Das Mittel der Wahl ist nach Meinung der SPD sowie von Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden ein für alle verpflichtendes staatliches Tierwohlkennzeichen für alle unsere Nutztierarten.

Hier ist Bundesministerin Klöckner gefragt. Ihr Ministerium hat seine Arbeit in dieser Hinsicht jahrelang nicht gemacht. Was Frau Klöckner jetzt plant, auf den Weg zu bringen, würde den Anspruch bei weitem nicht erfüllen. Bislang liegen nur unvollständig die Kriterien zur Schweinehaltung vor. Für die Bereiche Rindfleisch, Milch, Geflügelfleisch und Eier sind Konzepte noch nicht mal in Arbeit. Klar ist aber, dass es sich ja nicht nur um ein Schweinewohllabel handeln kann.

Sie sollte die fachliche Notwendigkeit erkennen und jetzt auch auf eine verpflichtende Kennzeichnung hinarbeiten. Es darf sich zukünftig kein Billiganbieter mehr einer entsprechenden Kennzeichnung entziehen dürfen. Freiwillige Label gibt es schon genügend am Markt.

Auch in Anbetracht der damit verbunden positiven Auswirkungen auf unsere Klimabilanz muss die Chance beim Tierwohl ergriffen werden. Schließlich gibt es auch für das Bundeslandwirtschaftsministerium verpflichtende Vorgaben für klimaverbessernde Maßnahmen zu ergreifen. Das es dort noch immer keine Fortschritte gibt, ist für die SPD nicht nachvollziehbar.“